Jetzt den Anfang machen: **1-GW-Starterprogramm für die deutsche H2-Wertschöpfungskette**

Wir begrüßen als Gaskoalition[1] die aktuelle Diskussion um eine Weiterentwicklung der **nationalen Wasserstoffstrategie**. Nur mit einem Hochlauf des Wasserstoffmarkts, der breit angelegt ist und industriepolitisch unterstützt wird, können unsere ambitionierten Dekarbonisierungsziele erreicht werden.

Neben den **wichtigen langfristigen Überlegungen** bis 2030 und darüber hinaus ist aus unserer Sicht entscheidend, dass die Umsetzung schnellstmöglich startet. Die IPCEI-Projekte erfordern eine lange und komplexe Beantragung, die Carbon Contracts for Difference sind nur für sehr große, ausgewählte Industrieunternehmen gedacht und haben eine entsprechend lange Vorlaufzeit bis zur tatsächlichen Inbetriebnahme. Damit bis 2030 aber tatsächlich 10 GW Wasserstofferzeugungsleistung in Deutschland realisiert werden können, muss nach unserer Überzeugung **noch in dieser Legislaturperiode** mindestens 1 GW Wasserstofferzeugungsleistung tatsächlich in Betrieb genommen werden. Mit den aktuell unklaren Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa können die dafür notwendigen unternehmerischen (Investitions-)Entscheidungen jedoch nicht getroffen werden. Daher sehen wir dringenden politischen Handlungsbedarf, um den gewollten Ausbau rechtzeitig zu ermöglichen. Erforderlich ist aus Sicht der Gaskoalition ein **1-GW-Starterprogramm** mit folgenden Eckpunkten:

- **Etablierte Systematik nutzen:** Ausschreibung nach dem Vorbild der Doppelauktionen aus dem H2Global-Mechanismus und der dazu bereits etablierten Institutionen – H2Global-Stiftung und HINT.CO – für die Abwicklung.
- **Zügig erste Ausschreibung für grüne Wasserstofferzeugung:** Durchführung von zwei Ausschreibungen für die Erzeugung von Wasserstoff in Deutschland:
  - 300 MW am 1.8.2023 und
  - 700 MW am 1.2.2024
- **Wasserstoffnachfrage aus allen Sektoren zulassen:** Die Ausschreibung für die Wasserstoffnachfrage sollte allen Nutzungsgruppen/-sektoren offenstehen. Dabei sollte sowohl eine physische Lieferung als auch eine bilanzielle Lieferung über das bestehende Gasnetz möglich sein.
- **Risiken von EU-Vorgaben übernehmen:** Wenn die EU bis zum 1.6.2023 eine rechtssichere Definition von grünem Wasserstoff und RFNBO[2] beschlossen hat (vgl. Gesetzgebung zum Delegated Act/RED III-V), dann gilt diese für die ausgeschriebenen Projekte. Falls die Definition bis zu diesem Stichtag nicht vorliegt, sollte die Bundesrepublik Deutschland das Risiko von Mehrkosten bei einer späteren Einhaltung der EU-Definition zu 90 % übernehmen.[3]

Unser Vorstoß bildet damit sehr kurzfristig ein erstes Gegengewicht zum Inflation Reduction Act in den USA und ermöglicht den deutschen Unternehmen aus der Wasserstoffwertschöpfungskette, auch tatsächlich in Projekte in Deutschland zu investieren. Mit dem **1-GW-Starterprogramm** wird eine Brücke zu längerfristigen Strukturen und Rahmenbedingungen für den Hochlauf von Wasserstoffprojekten gebaut.

Dieser Vorschlag ist unabhängig von anderen angekündigten Initiativen und Förderprogrammen zu sehen und soll die Grundlage für eine Erreichbarkeit des 10-GW-Ziels im Jahr 2030 sicherstellen. Dazu gehört auch der Aufbau eines deutschlandweiten H_2-Netzes als Voraussetzung für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und für die Investitionsentscheidungen auf der Erzeugungs- und auf der Nachfrageseite. Für diese Marktentwicklung brauchen wir jetzt die regulatorischen Weichenstellungen.

Januar 2023
bayernets GmbH / BP Europa SE / GASCADE Gastransport GmbH / ONTRAS Gastransport GmbH
Open Grid Europe GmbH / Siemens Energy SE / terranets bw GmbH / Thüga AG / Trianel GmbH
Uniper SE / VNG AG

1 www.lobbyregister.bundestag.de > Suche: Gaskoalition
2 Renewable fuels of non-biological origin (Erneuerbare Kraftstoffe nicht-biologischen Ursprungs)
3 In diesem Fall sollten sich die Zuschlagskriterien für das erste GW ausschließlich auf den Preis pro kWh Wasserstoff und die Nutzung von Ökostrom-PPAs beziehen. Es geht zunächst einmal nur darum, dass überhaupt Investitionsentscheidungen für Projekte in Deutschland getroffen werden können.